

1

2. Angenommene Anträge

1
2
3
4
5
6
7
8
9

AntragstellerIn: Juso-Landesvorstand

Zur Weiterleitung an: den SPD-Landesvorstand; die SPD-Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags; Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend; Ministerium für Wissenschaft und Hochschule; Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit; Ministerium des Inneren und des Sports

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge beschließen:

10
11

Chancengerecht verteilen

(Leit antrag zur Landtagswahl)

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23

„Die Sozialdemokratie erstrebt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben mitwirken kann. [...] Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen, wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung. [...] Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. [...] Gerechtigkeit erfordert mehr als Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“

aus dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1989.

24
25

Sozial - für ein gutes Leben

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Unser Anspruch sowohl an bundespolitische als auch an kommunale und landespolitische Sozialpolitik begründet sich aus dem Grundsatzprogramm der SPD. Wir wollen eine Sozialpolitik, die nicht nur da hilft, wo Notlagen vorliegen, sondern die Bedingungen dafür schafft, dass ein gutes Leben möglich ist.

Dabei sind den individuellen Bedürfnissen kaum Grenzen gesetzt und es ist klar, dass staatliche Politik nicht alle diese Wünsche erfüllen kann. Klar ist aber auch, dass der Staat sich nicht soweit zurückziehen darf, dass individuelle Lebensrisiken nur noch rudimentär abgesichert sind. Und es darf auch nicht sein, dass immer nur dann eingegriffen wird, wenn es brennt, sondern staatliche Politik muss schwierigen Lebenslagen vorbeugen.

Sowohl gesellschaftlich als auch in der SPD nimmt die **Unsicherheit über das Fundament des Sozialstaates** zu. Politikmodelle, Werte und Leitlinien werden neu diskutiert. Die Akzeptanz für eine solidarische Sozial- und Gesellschaftspolitik scheint immer mehr zu sinken und das Verständnis von dem, was Sozialstaat leisten soll und kann, wird immer minimalistischer und auf das „realistisch finanziell“ Machbare reduziert. Die Debatten schaffen weder eine kritische Einordnung der gesellschaftlichen Entwicklungen wie der Globalisierung noch zu bestimmen, was bei aller Reformen des Sozialstaates

442 Außerdem verhindert eine verpflichtende Ganztagschule Exklusionen jeder Art: Diese Trennung
443 zwischen „normalen“ SchülerInnen und GanztagschülerInnen ist bei der jetzigen Form der
444 Ganztagschule eines ihrer größten Probleme. Meist gibt es nur eine Klasse pro Jahrgang, die ganztägig
445 unterrichtet wird, oder die GanztagschülerInnen werden auf vier Klassen verteilt und nur nachmittags zu
446 einer Klasse zusammengefasst. Oftmals werden sie als Kinder zweiter Klasse angesehen, da die Eltern,
447 die es sich finanziell leisten können, die Nachmittagsbetreuung privat organisieren und finanzieren.
448 Andererseits wird den GanztagschülerInnen vorgeworfen, sie würden Vorteile aus der zusätzlichen
449 Förderung am Nachmittag ziehen und hätten es somit leichter, gute Leistungen zu erzielen.

450 Die Entwicklung im Bildungssystem in den letzten Jahren hat gezeigt, dass es dringend notwendig ist, die
451 Zahl der SozialarbeiterInnen an den Schulen zu erhöhen. Durch den Einsatz von SozialpädagogInnen
452 können Probleme in der Entwicklung frühzeitig erkannt und entsprechend behoben werden. Außerdem
453 können die SchülerInnen individueller und besser ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechend
454 gefördert werden, da mehr Zeit im Schultag vorhanden ist. Diese individuelle Förderung trägt zu einer
455 Steigerung der Schulleistungen und somit zu einer Anhebung des allgemeinen Unterrichtsniveaus bei.

456 Da die SchülerInnen auch während der Mittagszeit in der Schule bleiben, muss die Schule für ein
457 Angebot von gesunder und ausgewogener Ernährung sorgen. Dem Trend, dass der Anteil
458 übergewichtiger Kinder und Jugendlicher stark zunimmt, ist entgegenzuwirken. Ausgewogene Ernährung
459 ist unter anderem notwendig, um die Konzentrationsfähigkeit der SchülerInnen im anschließenden
460 Unterricht zu steigern.

461 Für Kinder und Jugendliche aus finanziell schlechter gestellten Familien muss das Essen aus öffentlicher
462 Hand bezahlt werden.

463 Deshalb ist zu berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche unter enormem Bewegungsmangel leiden.
464 Deshalb ist darauf zu achten, dass genügend Sport im Sinne von Bewegung und nicht von
465 Leistungseffizienz und Wettbewerb in den Stundenplan eingebunden wird.

466 Gerade in der Ganztagschule ist es wichtig, den starren 45-Minuten- Unterrichtstakt aufzuweichen und
467 den Unterricht flexibler zu gestalten. Der 45-Minuten-Takt unterbricht häufig Denk- und Arbeitsprozesse.
468 Natürlich muss den SchülerInnen bei einer erhöhten Flexibilität der Unterrichtsgestaltung regelmäßig
469 ausreichende Pausenzeit gewährt werden.

470 Wir Jusos Rheinland-Pfalz unterstützen nachdrücklich, dass die Landesregierung sich in so hohem Maße
471 für die Förderung und den Ausbau der Ganztagschulen einsetzt und als bundesweite Vorreiterin
472 angesehen werden kann. Wie bereits ausgeführt muss über den Ganztagschulbereich hinaus in den
473 kommenden Jahren über eine komplette Reform der schulischen Bildung in Deutschland nachgedacht
474 und diskutiert werden. Wir arbeiten darauf hin, dass Rheinland-Pfalz auch zukünftig eine Vorreiterrolle
475 innehat.

476

477 **Hochschulpolitik**

478

479 **Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland**

480 Wir Jusos begrüßen die generelle Zielrichtung des Bologna-Prozesses, die Schaffung eines
481 europäischen Hochschulraumes, denn dadurch wird die internationale Mobilität der Studierenden
482 verbessert. Dies wiederum trägt zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem bei, denn Studierende
483 aus allen am Bologna-Prozess beteiligten Ländern können in ganz Europa studieren, ihren Horizont